

Die Universität Gießen 1933–1957 – Niedergang, Auflösung und Wiedergeburt*

Den Gießener Freunden

Am 25. März 1946 spielte sich in Gießen ein Ereignis ab, das in der Hochschulgeschichte der deutschen Nachkriegszeit einmalig war, ja vor der in der Bundesrepublik anderthalb Jahrzehnte später einsetzenden Gründungseuphorie unfaßbar schien. Es konnte seinesgleichen nur vorfinden in dem großen Universitätssterben während der napoleonischen Zeit. Der Gießener Rektor, der Physiker Karl Bechert, mußte die Schließung der geisteswissenschaftlichen Fakultäten – Theologen, Juristen und Philosophen – verkünden und damit das Ende der alten Ludoviciana nach einer fast 350jährigen Geschichte. Schock und Depression waren in Gießen allgemein, Dolchstoßlegenden bildeten

sich, denn niemand konnte damals wissen, daß der neuerliche Aufstieg der Justus-Liebig-Universität nach 1957 das Ereignis zu einer Episode machen sollte, obgleich seither der Wegfall der Evangelisch-Theologischen Fakultät als bleibende Spur blieb. In der gebotenen Knappheit soll das Ereignis von 1946 in den Mittelpunkt gerückt werden. Von daher ergibt sich eine Dreiteilung des Vortrags: eine Skizze der Voraussetzungen einschließlich der Weichenstellungen im Dritten Reich, eine Schilderung der Vorgänge von 1946 und dann ein kurzer Ausblick auf die Wiedergeburt der Universität.

I.

Der Weg in die Krise

Gießen war bekanntlich als hessen-darmstädtische lutherische Landesuniversität 1607 begründet worden aus dem Gegensatz zum reformierten Marburg. Unmittelbare Nähe, rechtliche Überschneidungen, widerstreitende Ansprüche schufen eine Konkurrenzsituation, die in der älteren Zeit in unterschiedlichen Konstellationen weitergeführt wurde. Mit der Ausbildung eines Gesamtuniversitätssystems in Deutschland im 19. Jahrhundert, mit dem Nationalgedanken und mit dem Nachlassen territorialen und konfessionellen Denkens kamen immer wieder Pläne einer Fusion der beiden hessischen Universitäten auf, zumeist im Sinne einer Arbeitsteilung zwischen Gießen und Marburg. Bezeichnenderweise hat stets der jeweils Schwächere für die Fusion plädiert. Gießen aber

* Vortrag anlässlich des Gießener Universitätsjubiläums am 12. Mai 1982. Die Textfassung wurde seinerzeit für den mündlichen Vortrag gekürzt. Sie beruht auf eigenen Archivstudien, vor allem in den Akten der Universitäten Gießen und Marburg sowie der amerikanischen Militärregierung in Hessen. Die zum Jubiläumsjahr reichlich erschienene Literatur wurde nur gelegentlich eingearbeitet. Eine wesentlich erweiterte, mit wissenschaftlichen Anmerkungen versehene Studie soll nachfolgen. Für Rat und Hilfe habe ich vor allem zu danken Frau Dr. Inge Auerbach (Marburg), Frau Prof. Dr. Karin Bornkamm (Bielefeld), den Herren Prof. Dr. Peter Moraw (Gießen), Prof. Dr. Klaus Scholder (Tübingen), Reg.-Dir. Klaus Kübel (Gießen) und Dr. Berthold Jäger (Marburg) und nicht zuletzt Frau Dr. Margret und Herrn Prof. Dr. Eberhard Naujoks. Mein Mitarbeiter Manfred Rudersdorf (Tübingen) stand mir auch hier mit Rat und Tat zur Seite. Für kritische Anmerkungen gilt mein Dank den Kollegen Hans Georg Gundel und Peter Moraw (beide Gießen).

blieb die hessen-darmstädtische Landesuniversität und mußte mit seinen Studenten auch die inneren Spannungen des Großherzogtums aushalten. Der rheinbündisch geprägte Spätabolutismus in Darmstadt unter Großherzog Ludwig I. und seinem Minister Du Thil schien Gießen länger einen gewissen Vorsprung vor dem damals noch recht altväterlichen Marburg zu sichern, zumal als die Ludoviciana durch Justus von Liebig zum ersten Geburtsort der modernen Naturwissenschaften in Deutschland wurde. Liebig hat übrigens die Entwicklung seiner Universität in vielen Fächern mit zu prägen gesucht, bevor er 1852 nach München ging. Das Gleichgewicht der hessischen Universitäten verschob sich, als 1866 Marburg preußisch und damit in den größten Hochschulverbund Deutschlands einbezogen wurde. Der preußische Staat bemühte sich energisch um die neugewonnenen Universitäten Kiel, Göttingen und Marburg; die planvolle Politik des Berliner Ministeriums wirkte sich im Vergleich zu Gießen vor allem in den Geisteswissenschaften bald aus. Die Großmacht Preußen hatte andere Möglichkeiten als das finanziell beschränkte Hessen-Darmstadt, – wenn sich auch in den Berufungen eine gewisse Neigung der kleinstaatlichen Universitäten Süddeutschlands abzeichnete, ihre Autonomie gegenüber dem großen Bruder zu behaupten, so war dies doch nur ein bescheidener Reflex gegenüber der Großmachtstellung Preußens, die sich auch in der Wissenschaft abzeichnete. Peter Moraw hat gezeigt, wie die Gießener Universität – im Verein mit dem Darmstädter Ministerium – aus dieser Not eine Tugend machte. Sie schaffte es, eine eigene Note zu gewinnen mit den „Spezialdisziplinen“, die sie in die Universität einbezog, anstatt, wie anderswo, eine Separation in Spezialhochschulen zuzulassen oder gar zu fördern – mit Forstwissenschaften, Veterinärmedi-

zin und Landwirtschaft.* Daß man in Gießen das tradierte Exklusivitätsdenken der alten Fakultäten überwandt, prägte das Gesicht der Ludwigs-Universität zu ihrem Vorteil: es führte freilich auch dann und wann zu einer Unterbewertung der Geisteswissenschaften. Scheinbar an der Peripherie einer alten Universität angesiedelt, sollten die „Spezialdisziplinen“ später das Korsett sein, das schließlich die Ludoviciana zusammenhielt. Aber auch die evangelische Theologie erreichte um die Jahrhundertwende erneut nahezu eine Spitzenstellung in Deutschland, was auch einzelnen Disziplinen innerhalb der Philosophischen Fakultät immer wieder gelang. Damit ist das eigentümliche Profil der Universität Gießen beschrieben.

Neben der älteren Konkurrenz durch Marburg verschärfte sich jedoch die Situation der Ludoviciana nach 1866 abermals mit der Gründung der städtischen Stiftungsuniversität in Frankfurt 1914 – diese verdrängte die Ludoviciana langsam, aber sicher aus einem traditionellen Einzugsgebiet; sowohl von der geographischen Lage wie vom unterschiedlichen Zuschnitt der beiden Universitäten erwuchs eine erhebliche Gefahr. Die Mainmetropole aber war für die Gießener Universität seit ihren Anfängen intellektuell und ökonomisch gleich bedeutend. Die Attraktionen der neuen Hochschule, die sich vielfach liberalem Geist öffnete, erwiesen sich als Problem. Marburg und Frankfurt nahmen Gießen gleichsam in die Zange, sowohl von der geographischen Lage wie vom unterschiedlichen Zuschnitt der beiden Universitäten her. Die Gefahr einer oberhessischen Provinzialisierung war für Gießen 1918 sehr akut geworden. Diese Entwick-

* Vgl. P. Moraw: „375 Jahre Universität Gießen – Kontinuität im Wandel“ (Vortrag, gehalten am 10. Mai 1982 in Gießen). In: Gießener Universitätsblätter, Heft 1, Mai 1983.

lung aber traf die Ludoviciana in einer ohnehin kritischen Situation: der Wegfall des landesfürstlichen Mäzenatentums, zunehmendes zentralistisches Denken im Deutschen Reich stellten das Selbstverständnis einer kleinen Landesuniversität nach innen und nach außen auf eine harte Probe; die Universität Gießen behielt immerhin für Pfarrer, Lehrer und andere Staatsdiener Hessen-Darmstadts ihr Prüfungsmonopol.

Die äußere Krise wurde überlagert von der inneren Problematik. Längst hatte eine ausgeprägte und militante nationale Grundstimmung auch die Gießener Professoren und Studenten erfaßt; dies artikuliert sich im Ersten Weltkrieg in chauvinistisch-annexionistischen Äußerungen, denen freilich auch zunehmend gemäßigte Stimmen gegenüber standen. Die Ludoviciana bildete in der deutschen Universitätslandschaft keine Ausnahme – die Grundtendenzen im deutschen Bürgertum artikulierten sich hier, wenn auch zuweilen eingespannt in den Rahmen einer akademischen Gesellschaft, die Zusammenhalt und äußere Lebensformen aufrecht erhielt. Der Schock des Krieges und der Niederlage, der Zusammenbruch einer als heil und unantastbar gewählten bürgerlichen Welt unter der Schirmherrschaft einer starken Militärmonarchie war somit tief; die Universitätsprofessoren waren deutsch-national. Hessen-darmstädtischer Landespatritismus läßt sich kaum ausmachen. Eine fast bornierte Distanz vieler zu der in Darmstadt regierenden Weimarer Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten war unverkennbar, wenngleich diese nach ihren Kräften vieles für die Universität tat – besonders der sozialdemokratische Staatspräsident Bernhard Adelung ist hier zu nennen. Gleichzeitig aber stellten die „Reichsreformpläne“ der Weimarer Republik, vom Haupt der Darmstädter Kirche, dem Prälaten Wil-

helm Diehl, bewußt auf das hessische Kirchenwesen ausgedehnt, bereits die alte Darmstädter Staatlichkeit in Frage. Vor dem Hintergrund der Finanznot des Landes braute sich hier eine für die Ludoviciana gefährliche Situation zusammen.

Der Volksstaat Hessen hatte – bezogen auf die Einwohnerzahl – die relativ höchsten Universitätskosten nach Mecklenburg. Schon das verstärkte Zusammenwachsen des deutschen Universitätssystems hatte eine Relativierung der Rolle Gießens bedeutet, das seine Existenzberechtigung vor allem aus seiner Stellung als Landesuniversität schöpfte. 1925 beantragten die Kommunisten im Landtag sogar die Auflösung der Universität, 1926 gab es heftige Landtagsdebatten um ihre künftige Gestalt, in der es schon um Amputationen ging. Immerhin erklärte der hessische Finanzminister ganz offen, die Gießener Universität würde eine Auflösung des Volksstaates Hessen nicht überleben. Rektor und Dekane mußten ihre Alma mater verteidigen. 1930 gab es sogar Überlegungen über ein Reichssequester für die kleinstaatlichen Universitäten Gießen, Rostock und Jena. Spätere Entwicklungen kündigten sich an, als aus der Mitte der Gießener Universität selbst Reduktionspläne formuliert wurden. Der Theologe Heinrich Frick schlug schon bei seinem Weggang von Gießen nach Marburg 1928 im Darmstädter Ministerium die Ausgliederung von Theologen, Juristen und Geisteswissenschaftlern vor, die durch eine Verlagerung der sekundären Theologen- und Lehrerausbildung kompensiert werden sollte. Ebenso wie beim Prälaten Diehl waren für Frick die Erinnerungen an die konfessionellen Konflikte bei der Gründung Gießens bestimmend, die er nun für obsolet hielt. Wenn er wie Diehl die eine hessische Kirche des Landgrafen Philipps des Großmütigen heraufbeschwor, so war darin für Frick kein Platz für eine Universität Gießen mehr.

Trotz des drohenden Gespenstes einer Auflösung, trotz aller kritischen Untertöne und beschränkten Mittel, blieb die Bilanz der Weimarer Zeit beachtlich. Immerhin vermochte die Ludoviciana weiterhin bemerkenswerte Leistungen aufzuweisen; liberale Tendenzen zeigten sich noch in der Theologie, neuerdings in den Wirtschaftswissenschaften. Ja, die rote Kapelle, die bedeutende prosovjetiche Spionageorganisation des Zweiten Weltkrieges, hatte eine Gießener Wurzel im Umkreis der Ökonomen. Neben den dominierenden kommunistischen Mitgliedern gab es hier auch bürgerlich-demokratisch bestimmte Widerstandskräfte gegen das Hitlerregime, wie den Gießener Historikersohn Helmut Roloff. Der 1933 abgesetzte und unter dramatischen Umständen abgeführte Dozent Georg Mayer, genannt Säbelmayer, ein Kommunist, wurde nach dem Krieg Rektor der Universität Leipzig, Friedrich Lenz vertrat staatssozialistische Theorien, es gab durchaus aufrichtige Demokraten, wie die Professoren Messer oder Aster. Der durchschnittliche Gießener Professor war jedoch national und konservativ, nicht extrem, unter diesen eindeutigen Vorzeichen unpolitisch, unkritisch und auch naiv gegenüber dem, was kommen sollte – das Trauma der Niederlage, das Idealbild vom Kaiserreich als rückwärtsgewandte Utopie, Distanz zur Demokratie und zur Republik waren verbreitet. Diese Züge waren bei den Studenten weit radikaler, eine allgemeine materielle Notsituation speiste den extremen Nationalismus und den Protest gegen die Niederlage, in die sich ein ausgeprägter Antisemitismus mischte. Der Hygieniker Philaletes Kuhn, als Arzt durch die deutsche Kolonialverwaltung geprägt – Rassist, Sozialdarwinist und Anhänger des autoritären Staates, war einer der wenigen frühen Nationalsozialisten an der Ludoviciana. An wissenschaftlichem Rang konnte man

sich in Gießen sehen lassen, die Naturwissenschaften, einzelne Zweige der Geisteswissenschaften, immer noch die Theologie, in der die liberale Tradition der Ritschlschen Schule, die einst von Bernhard Stade glanzvoll in Gießen etabliert worden war, ausklang. Aber gerade hier zeigte die Berufungspolitik problematische Züge – der Prälat Wilhelm Diehl, seit 1930 Gießener Honorarprofessor, der sich selbst als Vermittler zwischen Liberalen und Evangelikalen sah, äußerte sich als Oberhaupt der hessischen Kirche immer wieder gegen Neuerungen, so gegen die Berufung der Theologen Karl Barth und Günther Dehn, die freilich der im Kern konservativen Universität hätten aufoktroziert werden müssen.

Die Machtergreifung an der Universität

Es soll hier der Weg zur nationalsozialistischen Machtergreifung in Gießen nicht im einzelnen nachgezeichnet werden, der sich in den üblichen Formen vollzog. Er war bei den Studenten vorbereitet durch den Erfolg des NS-Studentenbundes, der seit 1931 die Mehrheit in der Studentenschaft errang. Aber auch bei den Professoren war hinter den traditionellen Fassaden offiziellen und privaten akademischen Lebens ein hohes Maß an Bereitschaft, das neue Regime zu akzeptieren – Begeisterung für den Machtstaat, autoritäres Führertum, Sozialdarwinismus und antidemokratische Vorurteile bereiteten hier dem Erfolg der Diktatur den Weg. Kontinuität und Umbruch gingen auch in Gießen Hand in Hand. Die Universität erhielt im Oktober 1933 eine neue Verfassung, in der der Rektor als Führer benannt wurde – zunächst der Theologe Heinrich Bornkamm, der noch vom Senat gewählt worden war. Der Hygieniker Philaletes Kuhn hatte ein Konzept der Führerschaft des Rektors durchgesetzt – verbunden mit dem Prinzip des

„Zweiführers“, der neben die jeweiligen traditionellen Amtsträger trat, um sie zu kontrollieren. Betont wurde als Vorbild der preußische Generalstab. Deutlich aber erscheint auch die Verwandtschaft mit dem revolutionären Kommissarwesen. Freilich hielt sich diese Gießener Spielart des Führerstaates nicht lange, die traditionellen Strukturen einer Universität behaupteten sich stärker als den Neuerern lieb war und gingen eine merkwürdige Synthese mit den Prinzipien des autoritären Führerstaates ein. Die Verfassungsgeschichte der Universität spiegelte dabei eine grundsätzliche Haltung der Professorenenschaft, die sich in weiten Teilen rasch und bereitwillig arrangierte: es gab genügend Nischen, um zu überleben, wenn man sich nicht gerade politisch exponierte oder dem erbarmungslosen Rassenwahn zum Opfer fiel. Man wird kaum unmittelbar Verbrecherisches finden, aber die Verbindung von Opportunismus, intellektueller Korruption und Hinwendung zur Inhumanität, die vielfach aufkamen, wirkt auf den nachträglichen Betrachter doch erschreckend.

Die heute längst erkannte „Polykratie“ des nationalsozialistischen Staates – zuweilen auch durchaus als Verwaltungschaos zu betrachten – verhinderte eine Verfestigung der Lage im Sinne einer braunen Revolution. Zunächst bestimmte noch das Darmstädter Ministerium über das Schicksal der Landesuniversität. Bis 1935 gingen die Berufungsfragen an Berlin über, während die finanzielle Kompetenz länger in Darmstadt blieb – im Chaos konnte es passieren, daß ein berufener Neuhistoriker kein Gehalt erhielt, sich verschuldete und deshalb dann nicht ernannt wurde. Der Berliner Zentralismus nahm keine Rücksichten auf Traditionen und lokale Spezialitäten – die Universität sollte für das Dritte Reich teuer bezahlen. Die Befürchtungen aus der Zeit der Weimarer Republik waren mit

dem Zentralismus des Dritten Reiches Realität geworden, auch wenn sich anfangs kaum jemand die drohende Gefahr vor Augen führte.

Die Schwankungen der Universitätsverfassung betrafen auch die Stellung des Kanzlers, des „Zweiführers“, der bald wieder durch den Prorektor abgelöst wurde. Die Einführung eines Universitätsrichters, die offizielle Etablierung von NS-Studentenschaft und NS-Dozentenbund im Gefüge der Universität schnitten tief ein, ganz abgesehen von der Gewinnung einzelner Universitätsmitglieder als Konfidenten von SD und Gestapo, die im Krieg offenbar zunahm. Aus all dem erwachsen Verunsicherung einerseits, die Möglichkeit zur Ausnützung der Situation andererseits, verbunden mit der Korruption des überkommenen Systems, mit Patronagepolitik und mit immer stärkerer Willkür der vorgesetzten Stellen. Vielleicht lassen sich diese Fragen vom Personellen her verdeutlichen, ohne daß hier schon endgültige Aussagen gemacht werden könnten.

Erster nationalsozialistischer Kanzler war der bekannte Altphilologe Rudolf Herzog – er war bald dem Regime nicht hart genug. So vollzog sich der unaufhaltsame Aufstieg des Geologen Karl Hummel, eines recht mittelmäßigen Gelehrten, in dem das Regime einen zwar nicht gerade bösarigen, aber ebenso fanatischen wie willigen Gehilfen fand. Als er das bald erlöschende Amt des Kanzlers wieder abgab, blieb er doch Geschäftsführer des NS-Dozentenbundes und wurde gleichsam eine Art Symbolfigur der braunen Universität Gießener Prägung. Wissenschaftlicher Durchschnitt, aus einem völlig zerstrittenen Institut kommend, in dem der Ordinarius Hermann Harrassowitz mit seinen Nichtordinarien in bitterer Fehde lag, hatte sich Hummel nach anfänglicher Passivität, ja Loyalität schließlich entschieden gegen Harrassowitz gestellt, der nach längerem

Tauziehen 1935 unter einem Vorwand pensioniert wurde.

Mit bemerkenswerter Taktik, die Funktionen des Nichtordinariatenvertreters im Senat, des kommissarischen Institutsdirektors, des Kanzlers, des Vertrauensmannes des NS-Dozentenbundes geschickt ausspielend, konnte Hummel am Ort zum Ordinarius aufsteigen – ein willfähriger Bürokrat des Regimes, seiner Wissenschaft noch so weit verpflichtet, daß er gelegentlich durchaus bereit war, abstrusen Theorien von Parteistellen entgegenzutreten, blieb er doch die graue Eminenz der Partei an der Universität, ein „Unbestechlicher“, dessen Weg die Gießener Kollegen nur allzu gut kannten – der Erfüllungsgehilfe seiner vorgesetzten Parteistellen, in seinen Möglichkeiten allerdings groteskerweise gebremst durch seine persönliche Verankerung in Gießen. Zunächst schien Hummel kein allzu bedeutendes Gewicht zu haben, aber dieses wuchs mit den Jahren, da die Kontinuität seiner Position sich immer stärker auswirkte.

Die Problematik der aktiven Zusammenarbeit mit dem braunen Regime zeigte sich schnell bei den ersten Rektoren. Der Augenarzt Theodor Jess hatte die Entlassungen der rassistisch und politisch Verfolgten zu vollziehen. Der bedeutende Kirchenhistoriker Heinrich Bornkamm, ehrgeizig, blutjung nach Gießen berufen, war 1933 noch vom Senat zum Rektor gewählt, und dann schon vom Reichsstatthalter 1933 ernannt worden – an ihm läßt sich sehr deutlich der ungeheure Sog des Jahres 1933 zeigen. Der Deutsche Christ konnte sich anfangs für die neuen Formen begeistern. Auf der anderen Seite war der Aderlaß der Ludoviciana fürchterlich, gerade in Bereichen, in denen man mit Berufungen etwas gewagt hatte – die Namen, teils Leuchten der Wissenschaft, können hier nicht im einzelnen aufgeführt werden. Diese Maßnahmen, die im wesentlichen die liberalen

Teile der Professorenschaft dezimierten, trafen vor allem die Geisteswissenschaften im weiteren Sinn – hier vollzog sich ein tiefer Einbruch, der im Gesamtspektrum eine bemerkenswerte Qualitätsverschiebung zugunsten der Naturwissenschaften bedeutete, der also eine ohnehin vorhandene Tendenz erheblich verstärkte. Insgesamt mußten, freilich einschließlich altersbedingter Emeritierungen, über 30 Universitätsmitglieder gehen, wurden 21 von 60 ordentlichen Lehrstühlen frei gemacht, ein beträchtlicher Spielraum für die Manipulationen von Partei und Staat an der Ludoviciana – ein gefährlicher Einbruch, der Plänen zu einer Amputation der Universität entgegenkommen mußte. An den freiwilligen und unfreiwilligen Helfern des Regimes konnte eine solche Entwicklung nicht spurlos vorbeigehen. Insoweit bekam Heinrich Bornkamms bislang glänzende Karriere einen Schatten, auch wenn er sich um vorsichtige Milderungen bemüht hatte und manchem helfen konnte. Bornkamm erkannte freilich recht bald die Gefahr, die für seine Kirche heraufzog. Erschreckend ist aber, wie teilnahmslos die bleibenden Kollegen den Exodus der rassistisch und politisch Verfolgten quittierten, die noch vor kurzem ihre geschätzten Kollegen waren.

Die nationalsozialistische Universität

Bornkamms Nachfolger an der Universitätsspitze, der Pädagoge Gerhard Pfahler, war dann der erste eigentlich braune Rektor der Universität. Mit Bornkamm befreundet, war Pfahler wohl auch als dessen Kandidat berufen worden. Württembergischer Pfarrerssohn, Freiwilliger des Ersten Weltkrieges, noch zum Offizier aufgestiegen, wurde Pfahler nach Kriegsende aus Engagement für den einfachen Mann Volksschullehrer, wandte er sich dann Fragen der Psychologie zu, in der er auch promoviert wurde. Literarisch ungemein

fruchtbar, hatte Pfahler damals modernere Fragen rezipiert und dadurch eine Bedeutung in der Diskussion um die Differenzierung der Phasen des Kindesalters gewonnen. Zugleich aber hing er sozialdarwinistischen und Rassentheorien an, die für die spätere Nachwelt seine wissenschaftlichen Arbeiten verdunkelt haben. Über Braunschweig und Frankfurt kam er nach Gießen und wurde dort schon 1934 für drei Jahre Rektor. Man kann nicht umhin zu sagen, daß der zuweilen rabiate Nationalsozialist Pfahler ein bedeutender Rektor war. Ihm dankte Gießen Ansätze zu einer letzten Blüte der Geisteswissenschaft – der Rektor sorgte für die nötige Rückendeckung bei einer ganzen Reihe bedeutender Berufungen, bei denen die Parteimitgliedschaft keine Rolle spielte – der Germanist Walter Rehm, die Historiker Kurt Stade, Gerd Tellenbach und Rudolf Stadelmann, der Altphilologe Wilhelm Süß wurden nach Gießen geholt, wobei der Rektor sich auch über neue Einwände Hummels hinwegsetzte. Pfahler zeigt, wie auch die neuen Männer begannen, sich mit der alten Universität zu identifizieren.

Man wird die Rolle Pfahlers wohl erst endgültig mit den Akten des Reichsministeriums charakterisieren können; aber die Entwicklung des hessischen Kirchenkampfes zeigte ihn, der etwa in Ehrenfragen bis zur Brutalität gehen konnte, noch einmal als einen Mann, der sich engagiert vor seine Theologische Fakultät stellte, wobei auch seine Freundschaft mit den Theologen Bornkamm und Haenchen beigetragen haben mag. Immerhin hatte der Pfarrerssohn Pfahler selbst damals mit der Kirche gebrochen.

Der hessische Kirchenkampf, in den die Theologische Fakultät trieb, hatte deutliche Nebenwirkungen für die gesamte Universität. 1933 hatten Gießens Theologen ein stark deutsch-christliches, also regime-treues Profil, mit Heinrich Bornkamm und

Ernst Haenchen an der Spitze. Haenchen war 1932 an erster Stelle der Berufsliste der Kandidat der konservativen Fakultätsmehrheit gewesen, von Bornkamm gestützt, während sich eine Minderheit für eine Hausberufung des gebürtigen Darmstädters Peter Brunner, eines ehemaligen Harvardstudenten und bedeutenden Systematikers, eingesetzt hatte. Bemerkenswerterweise hatte Staatspräsident Adenauer den Ruf an Brunner erteilt, aber die neue NS-Regierung brach 1933 die Verhandlungen ab und ernannte Haenchen. Frühzeitig hatte sich der emeritierte liberale Kirchenhistoriker Gustav Krüger in einem eindrucksvollen Akt von den Praktiken des Dritten Reiches in der Hochschulorganisation distanziert und feierlich, unter Berufung auf ein aristokratisch verstandenes Professorenethos, den Senat verlassen. Aber auch die deutsch-christlichen Professoren gerieten bald in Konflikt mit dem rabiaten Kurs des neuen nassau-hessischen Landesbischofs Dietrich, welcher der Mann des unbedeutenden und regimekonformen Reichsbischofs Ludwig Müller und seines „Rechtswahrs“ August Jäger – des Dämons im deutschen Kirchenkampf – war. Heinrich Bornkamm und Ernst Haenchen bildeten mit Leopold Cordler das Rückgrat der von der Theologischen Fakultät ausgehenden Kritik.

Der Konflikt erreichte sehr schnell größte Schärfe, als sich die Fakultät auf ihr evangelisches Bekenntnis berief und am 2. November 1934 auf einer Gießener Synode dem Landesbischof in aller Form die Legitimation absprach, da er evangelischer Kirchenlehre nicht mehr entspreche. Die Fakultät hatte sich auf diese Position geeinigt. Der Schritt erregte ein beachtliches Aufsehen und verlieh der Fakultät noch einmal im ganzen Land eine beträchtliche Autorität. In einer Pfarrerversammlung der Propstei Oberhessen am 12. November wurde erneut der Rücktritt von Dietrich

gefordert – Leopold Cordier, der konsequenteste Gegner des Regimes unter den Gießener Ordinarien, sah seine Fakultät an vorderster Front des hessischen Kirchenkampfes. Aber anders als er – dies hat jüngst Martin Greschat betont – fühlten sich Haenchen und Bornkamm als Beamte letztlich auch dem Staat neben der Kirche verpflichtet, und sie willigten auf den massiven Druck des Gauleiters Sprenger in einen Burgfrieden ein, der schließlich Cordier isolierte und den Anfang vom Ende der Gießener Theologischen Fakultät bedeutete.

Landesbischof Dietrich seinerseits hatte die Theologen in Berlin denunziert, aber nun stellte sich der Rektor Pfahler so entschieden vor sie, daß sie auch vom Reichskirchenministerium nach außen gedeckt wurden. Aber dennoch war die Fakultät mißliebig geworden, und von Berlin aus bemühte man sich sichtlich, sie im nationalsozialistischen Sinne umzubiegen. Wenn auch Dietrich allein den Neutestamentler Georg Bertram aus unterschiedlichen Gründen zum bedingungslosen Anhänger hatte, standen doch mehrere Professoren der Theologie dem Regime nicht distanziert gegenüber – die Bekennende Kirche hatte nur drei profilierte Anhänger. Leopold Cordier war praktischer Theologe und kämpfte einen mutigen Kampf als Mitglied der Bekenntnissynode in Oberhessen – der nervenzermürende Kleinkrieg dürfte 1939 zu seinem frühen Tod beigetragen haben. Daß viele von Cordiers Schriften ebenfalls heute sehr zeitbezogen erscheinen, ändert nichts an dem Bild eines mutigen und konsequenten Mannes, dessen Beispiel die Universität ehrt. Dies gilt auch für den 1933 überangenen Dozenten Peter Brunner. Unerschrocken und kompromißlos in seinen Äußerungen, wurde er gar 1935 aufgrund einer Denunziation ins KZ geworfen. Die Fakultät unternahm es, diesem Schritt vorsichtig zu widerspre-

chen, ebenso wie dem Entzug der *venia legendi*, nach dem sich der geradlinige Mann dann an die kirchliche Hochschule in Elberfeld rettete. Der Dozent Edmund Schlink war 1934 verhaftet worden und ging 1935 an die Kirchliche Hochschule Bethel. Aber auch die anderen Exponenten der Auseinandersetzungen mit dem Landesbischof verließen Gießen. Bornkamm ging nach Leipzig, Haenchen nach Münster. Bornkamms und auch Pfahlers Versuche, den politisch integren Göttinger Dozenten Hans Freiherrn von Campenhausen als Kirchenhistoriker in Gießen zu gewinnen, scheiterten an den kirchenpolitischen Spannungen – die Fakultät verlor unter solchen Vorzeichen rasch erheblich an Bedeutung und an Studenten. Mehrere Stellen blieben vakant.

Hier zeigte sich, daß die traditionell große Fluktuation bei den Geisteswissenschaften in Gießen der Reichsregierung den längeren Hebel in die Hände gab. In der Theologischen, aber auch in der Philosophischen Fakultät, wuchs binnen kürzester Zeit die Zahl jener, für die eher die Sympathie des Regimes als die wissenschaftliche Bedeutung sprach – der Krieg beschleunigte diese Entwicklung noch. Das alles kann nur eine Tendenz anzeigen – jeder einzelne Fall bedürfte einer differenzierten Betrachtung. In der Theologischen Fakultät war mit Erich Vogelsang ein profilierter Kirchenhistoriker, ein Deutscher Christ berufen worden, der ursprünglich eng mit dem Reichsbischof Müller verbunden war. Andererseits aber wurden die Stimmen einer kirchenbezogenen Kritik an der Theologischen Fakultät immer deutlicher. Gläubige Eltern fürchteten um das Seelenheil ihrer Kinder – aus Protest gegen den radikalen Kurs des Bischofs Dietrich hatten sich 1935/36 vierzig Theologiestudenten für die Bekennende Kirche ausgesprochen. 1938/39 begann nur noch ein Theologe sein Studium in Gießen, 1942 fand das letzte Ex-

amen statt. 1943 war die Theologische Fakultät ohne Studenten. 1944/45 wurde der Lehrbetrieb praktisch ganz eingestellt.

Diese Entwicklung wurde parallelisiert in den Geisteswissenschaften, nach dem Weggang Pfahlers nach Tübingen. In seiner württembergischen Heimat konnte er nicht mehr die bedeutende Gießener Rolle spielen – die Ludoviciana verdankte ihm einiges, und für das Reichswissenschaftsministerium war nun eine Bremse gefallen. Die Politik Berlins zielte deutlich auf eine Zurückdrängung der Geisteswissenschaften, Ordinariate wurden zu Extraordinariaten degradiert oder nicht mehr besetzt. Es zeigte sich eine unverkennbare Tendenz zur Schaffung von Provisorien, von damaligen Referenten im Reichsministerium offen angesteuert, vom Krieg weiter begünstigt – eine Politik, die übrigens sonstigen Tendenzen der NS-Regierung entsprach. Unverkennbar, daß man in Berlin vor allem der Theologie, aber auch den Geisteswissenschaften eine relativ niedrige und entbehrliche Position zuwies. 1945 sollte sich dann daraus die Katastrophe entwickeln, die wahrscheinlich in Berlin schon längst geplant war.

Bei den Naturwissenschaften einschließlich Medizin und Landwirtschaft lag die Situation durchaus anders. Zwar wurden 1938 die Forstwissenschaften aus Gießen abgezogen, aber die traditionell starke Seite der Ludoviciana hatte auch die Sympathien des NS-Regimes für sich, das die wirtschafts- und kriegswichtigen Fächer bewußt förderte. Die Berufungen lagen hier auf einem deutlich besseren Niveau – ein Abstieg wie in den Geisteswissenschaften setzte nicht ein. Bezeichnenderweise waren die Rektoren nach Pfahler allesamt Naturwissenschaftler und Mediziner, meist tüchtige, wenn auch nicht immer übermäßig profilierte Vertreter ihrer Fächer, Mitläufer und Helfer der Partei, meist nicht radikal, zuweilen opportuni-

stisch, „anständige“ Gelehrte, mehr Verwalter des Bestehenden. Aus einem Kreis von entschiedeneren Nationalsozialisten ragte vor allem der Hygieniker und Rassen-theoretiker Heinrich Kranz, Rektor von 1939–42, heraus – ein rabiater Nationalsozialist reinsten Wassers. Um ihn voll einordnen zu können, bedürfte die Geschichte der Medizinischen Fakultät in jenen Jahren noch weiterer Untersuchungen – diese dürften an manchen Stellen eine problematische Identifikation mit der Inhumanität des Systems feststellen. Kranz verkörperte den Aufstieg eines Außenseiters unter den Bedingungen des Regimes. Als Volontärassistent des Hygienikers und frühen Nationalsozialisten Philaletes Kuhn hatte der Augenarzt Kranz eine gute Startposition in Gießen gewonnen. Seine rassentheoretischen Schriften gehören in den Umkreis der Ideologie des Verbrechens, immer wieder zitiert in der Geschichte der Juden- und Zigeunerverfolgungen. Er hat der Gießener Universität 1940 die partei-braunen Talare beschert, die in einer geradezu schwejkhaften Geste dann bald wieder bei der Reichsspinnstoffsammlung für die notleidende Ostfront landeten: ein sichtbarer Akt der Distanzierung durch das alte konservative Gießen, das sich vielleicht durch die drohende Niederlage stärker ermutigt fühlte. Kranz wurde 1942 nach Frankfurt berufen – an eine noch stärker nationalsozialistisch geprägte Universität.

Am extremen Beispiel von Kranz zeigt sich, wie auf ihre Weise die Naturwissenschaftler für die braunen Ideen anfällig waren; militarisierbar vor allem im Krieg – sozialdarwinistische und materialistische Tendenzen früherer Jahre wirkten hier weiter. So waren manche Koryphäen – zumal wenn sie nur die Belange ihrer Disziplin vor Augen hatten – anfällig für den braunen Zeitgeist, auch wenn sie in ihrem Fache Bedeutendes leisteten. Viele Mitglie-

der der Universität machten ihre Wissenschaft nicht zur Magd von Partei und Ideologie, kümmerten sich verantwortlich um ihre Studenten – es läßt sich aber schwerlich bestreiten, daß der pseudo-naturwissenschaftliche Zug des Nationalsozialismus durchaus eine Attraktion hatte.

Auf eine heute recht brüchig erscheinende Weise wirkten die alten, im Kern konservativen Traditionen einfach weiter, nachdem sie anfangs das Regime begünstigt hatten; daß ein so überaus wendiger Mann wie der Kunsthistoriker Christian Rauch – und bezeichnenderweise auch nach 1945 – eine Rolle spielte, war typisch. Der braune Alltag hatte sich über eine fortwirkende Tradition gelegt, äußerlich nicht dramatisch, vielfach ältere Formen erhaltend; zumeist lebte man weiter wie bisher, schloß man seine Kompromisse mit dem Regime, ohne sich voll hinzugeben – daß man dennoch von ihm korrumpiert wurde, hätte man sicher ungern eingestanden.

Auch in Gießen gab es Denunziationen, braune Vetterleswirtschaft, Opportunismus, Verfolgung Andersdenkender. Immerhin war nach den Deutschlandberichten der SPD die Situation an der Universität günstiger als im Durchschnitt; es mag bezeichnend sein, daß nach den Akten der amerikanischen Militärregierung nur sehr wenige der Professoren von der Spruchkammer als belastet eingestuft wurden. Immerhin wurde eine große Anzahl entlassen; daß ein Geschädigter des Regimes, wie der Geologe Harrassowitz, der Vorsitzende der Spruchkammer wurde, mag anfangs verschärfend gewirkt haben. Die Begünstigung der Nichtordinarien durch den Nationalsozialismus hatte wohl manche egoistischen Sympathien geschaffen, während bei der Studentenschaft die rabiatischen und radikalen Züge der Jahre um 1933 nicht sehr lange anhielten; es scheint, daß sich vielfach der ältere national-konservative Geist in den neuen braunen Kamerad-

schaften verbarg. Die Praxis der Doktor- aberkennungen in Gießen zeigte, daß man nur den vorgegebenen Anstößen von außen folgte; die Universität und ihr Universitätsrichter Knaus haben nirgendwo die Initiative ergriffen, wenn auch Knaus nicht untypisch für jene Juristen war, die auch im nationalsozialistischen vor allem das geltende Recht sahen.

Das Ende des Dritten Reiches

Dennoch brach mit dem Ende des Dritten Reiches für sehr viele die Welt zusammen. Auch für Kritiker des Regimes galt: es war nicht nur der Nationalsozialismus, sondern der deutsche Nationalstaat, der hier zu Ende ging. Für manche Exponenten der Partei in Gießen freilich kam 1945 auch das persönliche Ende. Der Rassenideologe Kranz, inzwischen nach Frankfurt berufen, verlor auf der Flucht im Sächsischen sein Leben, der Altphilologe Albrecht von Blumenthal, Georganer, ein sensibler Mann, der sich wohl zu stark mit der Partei und ihren Organen eingelassen hatte, nahm sich mit seiner Frau das Leben. Karl Hummel, der Buchhalter des Systems in Gießen, starb am 7. April 1945 von eigener Hand in Lanzenhain; vielleicht haben seine Beziehungen zum SD diesen Entschluß mit herbeigeführt – mit dem Tod aller Söhne im Krieg hatte er einen furchtbaren Preis bezahlt.

Die Bilanz der zwölf Jahre war deutlich. Das Dritte Reich hatte die Schwächen der Ludoviciana bloßgelegt und vertieft. Bewußt und planmäßig hatte Berlin die Darmstädter Landesuniversität in der Hierarchie der deutschen Universitäten weit nach hinten gesetzt. Die Fürsorge der Darmstädter Landesregierung, der Schutz des Föderalismus hatten aufgehört, und Berlin hatte der Ludoviciana offensichtlich eine kräftige Amputation zgedacht. Die Studentenzahlen waren nach 1933 drama-

tisch zurückgegangen, weit überproportional in den geisteswissenschaftlichen Fächern, die einem galoppierenden Schrumpfungsprozeß unterlagen, während die Bedeutung der Medizin auch hier immer mehr anstieg. Die Selbsthilfemechanismen der Universität aber funktionierten unter dem Druck der Diktatur nur noch bedingt.

Wohin am Ende die Reise gehen sollte, weist der Plan des Reichswissenschaftsministeriums für den totalen Krieg vom Herbst 1944 aus – es war vorgesehen, in Gießen nur noch die Medizin, die Veterinärmedizin und die Naturwissenschaften zu belassen, Exekution einer Entwicklung, die sich längst abgezeichnet hatte und von den braunen Machthabern bewußt verschärft worden war. Gerüchte über die Auflösung der Ludoviciana waren seit den 1930er Jahren permanent. Der „Plan für den totalen Krieg“ wurde wieder ausgesetzt, weil er offenbar in dieser Radikalität doch nicht durchführbar war. Aber die Ereignisse des Krieges taten für das Schicksal der Universitätsstadt ein übriges. Am 6. und 11. Dezember 1944 sank das alte Gießen in Schutt und Asche, als alliierte Bomberverbände die Stadt angriffen, die ein Verkehrsknotenpunkt für die Ardennenoffensive war. Auch zahlreiche Gebäude der Universität waren schwer beschädigt worden. Besonders kritisch erschien es, daß die Bomben vorzüglich jene Institute getroffen hatten, die gerade damals die Stärke der Gießener Universität ausmachten – die Medizin, die Tiermedizin und die Landwirtschaft. Ein Glück im Unglück war noch, daß Pläne nicht mehr realisiert wurden, vor den einmarschierenden Amerikanern die Universität Gießen nach Jena zurückzunehmen. Vielmehr war Marburg als Aufnahmeuniversität angesetzt worden, die neben Köln auch Gießen beherbergen sollte. All dies wurde nicht mehr realisiert, der Zusammenbruch des Großdeutschen

Reiches stellte die Weichen anders. Der Verweis auf Marburg freilich sollte eine dramatische Aktualität erhalten.

II.

Die beginnende Existenzbedrohung

Als der 1933 nach Gießen berufene Physiker Karl Bechert am 25. Juni 1945 das Rektorat der Universität übernahm, war sie schwer getroffen – 60% der Gebäude waren zerstört, der Niedergang der geisteswissenschaftlichen Disziplinen wurde durch Tote und Vermißte des Krieges, durch die Entlassung der Belasteten nun in aller Deutlichkeit sichtbar. Das Dritte Reich hatte der Ludoviciana schwer geschadet.

Unter der Führung Karl Becherts ging die Universität unbeirrbar – von Anfang an mit nachhaltiger Hilfe der Stadt – an die Wiederaufbauarbeiten. Nach den Berichten des Rektors war die Lage fatal: der Barbestand der Kasse betrug 15000 RM, so daß man mit einem Vorschuß des Gießener Finanzamts über die Runden kommen mußte. Bechert bildete einen vorläufigen Vertrauensrat. Natürlich konnte der Senat der Nazizeit nicht weiter amtieren. Vor allem verstand es der Rektor frühzeitig, mit Unterstützung seines physikalischen Kollegen Wilhelm Hanle, in der bedrohlichen Situation Kräfte der Öffentlichkeit zu mobilisieren: die Stadt, die Landkreise, Institutionen der Wirtschaft. Mit bemerkenswerter Energie bemühte man sich um den Wiederaufbau.

Aber schon am 6. Juli 1945 erklärte der Präsident der Regierung von Hessen-Darmstadt, der Historiker Professor Ludwig Bergsträsser, daß die Universität Gießen reduziert werden sollte; nur eine medizinische Akademie sollte bleiben. Diese Priorität schien ihm auch der Entwicklung des Krieges und den Bedürfnissen der

Nachkriegszeit zu entsprechen. Am 13. Juli verfügte Bergsträsser, daß die Universität geschlossen bleiben sollte. Den Gegenvorstellungen der Gießener gelang es, auch Veterinärmedizin, Landwirtschaft und naturwissenschaftliche Fächer zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Gegenüber den Aufbauarbeiten ging die Darmstädter Regierung restriktiv vor, Ende Juli wurden erstmals alle Gehälter gesperrt, nur Arbeiten an den Kliniken noch genehmigt. Zynisch meinte der zuständige Ministerialdirektor, die Herren müßten sich nun eine andere Arbeit suchen, z. B. in der Landwirtschaft. Bergsträssers Politik – sie unterband auch die Hilfeleistungen der Stadt Gießen und der hessen-darmstädtischen Landkreise, so daß nur das preußische Wetzlar 10 000 RM stiftete – entsprach regionalen Gesichtspunkten: der Präsident, übrigens seit 1945 Honorarprofessor für Politologie in Frankfurt, wollte, vielleicht als Preis für die Eingliederung der Stadt in den Darmstädter Staat, die Universität Frankfurt neben der TH Darmstadt bevorzugt fördern. Das alte Problem der exponierten Lage Oberhessens stellte sich nun als Existenzfrage für die Gießener Universität. Der neueingesetzte Regierungschef in Darmstadt hatte sie bereits aufgegeben – mag man auch die persönliche Verbundenheit mit Frankfurt hoch einschätzen, so stand hinter der Auslöschung Gießens doch ein regionalpolitisches Konzept.

Aber auch die Pläne Bergsträssers erwiesen sich als rückwärtsgewandt. Die Integration Frankfurts in ein neues Hessen-Darmstadt wurde überholt durch andere Entwicklungen, die wesentlich weiter gingen. Mit der Bildung des Landes Großhessen schien eine neue Situation entstanden zu sein. So setzte die Universität Gießen auf die Regierung Karl Geiler große Hoffnung. Dennoch blieben die Furcht und der Anreiz zu extremen Schritten. Der Gieße-

ner Extraordinarius für landwirtschaftliche Betriebslehre, Max Rolfes, hatte schon am 21. Juli 1945 beim Marburger Universitätskurator Hülsen eine Visitenkarte abgegeben. Rolfes, ein Mann von weltläufigem Zuschnitt, dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nahestehend, sprachlich gewandt, sollte sich in jenen Jahren als ein geschickter Gesprächspartner der Besatzungsmacht erweisen. Damals entschied sich, daß Rolfes zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der Gießener Nachkriegszeit wurde. Sein Vorstoß in Marburg aber drückte die ganze Verzweiflung über die Gießener Situation aus. Unter Hinweis auf die Bombenkatastrophe, die diese Fächer betroffen hatte, trug Rolfes dem Marburger Kanzler den Wunsch der, wie er sagte, überragenden Mehrheit der Gießener Veterinäre und Landwirte vor, nach Marburg zu übersiedeln. Zielsicher präsentierte Max Rolfes im Verlauf der weiteren Gespräche ein großangelegtes Konzept für den Neuaufbau der zerstörten Gießener Institute in Marburg. Als Morgengabe stellte er das landwirtschaftliche Versuchsgut der Universität Gießen, Rauischholzhausen, in der Nähe Marburgs gelegen, in Aussicht und verwies auf die günstige Ergänzung der Gießener Forschungen durch die Marburger naturwissenschaftlichen Institute. Der Verzweiflungsplan des endenden Dritten Reiches, Marburg zu einer Ausweichuniversität zu machen, erhielt plötzlich eine neue dramatische Aktualität, da Marburg weitgehend unzerstört geblieben war.

Die Verhandlungen mit der Universität Marburg

Rolfes handelte unter dem Eindruck einer katastrophalen Situation der Gießener Universität, die gerade, nach dem spektakulären Niedergang der Geisteswissenschaften, ihre renommiertesten Institute

verloren hatte. Schützenhilfe erhielt er durch den (Stuttgart-)Hohenheimer Ordinarius für Pflanzenzüchtung, Roemer, der die erhöhte Bedeutung von Landwirtschaft und Veterinärmedizin in dem sich drohend abzeichnenden Morgenthau-Deutschland unterstrich und zugleich ebenfalls eine Verlegung dieser Fächer von Gießen nach Marburg anregte. Am 8. Oktober 1945 begab sich Rolfes erneut nach Marburg; Landwirte und Veterinäre hatten unterstützende Memoranden ausgearbeitet, aber Rolfes fühlte sich zusätzlich unter Druck, da sich private Interessenten zur Nutzung von Rauischholzhausen angemeldet hätten.

Die Pläne von Rolfes waren weit angelegt, angesichts der deutschen Katastrophe geradezu erstaunlich. Der Vorstoß sollte schließlich scheitern, aber es wäre unbillig, aus einer späteren Perspektive Rolfes zu verurteilen. Der Betriebswirt handelte aus dem Interesse der ihm nahestehenden Fächer, das in einer katastrophalen Situation nicht mehr mit dem der gesamten Ludoviciana identisch erschien. Angesichts der Behandlung Gießens im Dritten Reich, aber auch der drohenden Pläne hessischer Politiker noch 1945, die ältere Ängste erneuern halfen, mußte die Überlebenschance der Geisteswissenschaften in Gießen einem weitsichtigen Mann wie Rolfes minimal erscheinen, und er fürchtete, mit in den Strudel des allgemeinen Untergangs gerissen zu werden.

Für Gießen war es ein Unglück, daß der Vorstoß von Rolfes auf einen der interessantesten, aber auch umstrittensten Hochschulpolitiker Hessens in der frühen Nachkriegszeit traf, den Philosophen und Marburger Rektor Julius Ebbinghaus. Klug und schillernd hatte er den Übergang vom Prorektor im Dritten Reich zum ersten Nachkriegsrektor der Philippina ohne Schwierigkeiten geschafft. Seine intellektuelle Potenz gewann das Vertrauen des US-

Universitätsoffiziers für Groß-Hessen, Edward Hartshorne, der ihm als Pädagoge und Psychologe in Harvard auch fachlich nahestand. In einem nachdenklichen Buch hatte dieser amerikanische Kenner Deutschlands 1937 den Weg der Universitäten in das Dritte Reich diskutiert; er war trotz allem voller Sympathien für das geschlagene Deutschland und sah sein Ziel in einer Reform der deutschen Universitäten unter Einbringung ihrer guten Traditionen und ihrer Kombination mit angelsächsischen Vorstellungen. Hartshorne hatte beträchtliche Verdienste um die Wiederbelebung der deutschen Auslandskontakte – zuweilen milderte er sogar die Konsequenzen von Spruchkammerentscheidungen ab, um das Funktionieren der Universitäten zu sichern. Leider sind die persönlichen Papiere von Hartshorne, die nach seiner tragischen Ermordung im Marburger Amerikahaus lagerten, nach dessen Auflösung verschollen, und damit wohl eine unersetzliche Quelle für die hessische Nachkriegs- und für die deutsche Universitätsgeschichte.

Man hat später meist Hartshorne zum Hauptschuldigen für die Gießener Universitätsschließung gemacht. Der Aktenbefund bestätigt diesen Eindruck keineswegs. Hartshorne war zutiefst davon überzeugt, daß die Deutschen ihre Probleme selbst regeln mußten. Immerhin haben die engen Beziehungen zu Ebbinghaus (Hartshorne wohnte in Marburg) dem Marburger Rektor doch beträchtliche Vorteile im Überlebenskampf der hessischen Universitäten verschafft – die zufällige Konstellation wurde für das angeschlagene Gießen eine weitere Belastung. Von dieser äußerst günstigen Position aus begann der Marburger Rektor seine Politik, der sein Gießener Kollege Bechert nicht gewachsen war.

Bei einem Treffen in Marburg, das am 9. Januar 1946 in Gegenwart des Universitätsoffiziers Hartshorne stattfand, zeigte

sich bereits klar die Überlegenheit der Marburger Verhandlungsposition. Die Landesregierung wollte allenfalls zwei Universitäten erhalten, Gießen aber war in seinen Bauten und in seiner wissenschaftlichen Qualität durch Nationalsozialismus und Krieg ins Mark getroffen. Der Gießener Rolfes selbst hatte überdies Gießener Interessen an einer Übersiedlung nach Marburg signalisiert. Ebbinghaus seinerseits hatte das Konzept einer Fusion und eines Austausches entwickelt, das freilich eindeutig zugunsten Marburgs gedacht war. Der Marburger Rektor erinnerte an die erfolgreiche Vereinigung von Wittenberg und Halle (1817); er argumentierte, auf dem Weg von zeitweiligen Doppelbesetzungen könnte man auf Dauer eine Differenzierung des Lehrangebots erreichen, das schließlich der Qualität der Forschung zugute käme – das war angesichts der späteren Entwicklung eine durchaus zukunftsweisende Perspektive. Auch die Zwänge der Gegenwart ließ Ebbinghaus nicht unerwähnt: „Das Land Groß-Hessen sei ein kleines Land, dessen sicherlich beschränkte finanzielle Hilfe zu größtmöglicher Wirksamkeit auf die gesamte wissenschaftliche Kulturpolitik zusammengefaßt werden müßte. Da Frankfurt zum großen Teil aus städtischen Mitteln leben zu können verspreche, so würde die neue vereinigte Ludwig-Philipps-Universität als einzige Landesuniversität einen geschlossenen und zweckmäßigen Einsatz für den Zweck der Wissenschaften“ ermöglichen. Es war keine Frage, daß die Voranstellung des Gießener Universitätsgründers, Landgraf Ludwigs V. von Hessen-Darmstadt, im Universitätsnamen eine optische Täuschung bedeutete: Ebbinghaus hatte nichts anderes vor, als die Vereinnahmung Gießens durch Marburg. Dagegen plädierten die Gießener für die Restitution der Ludoviciana. Ebbinghaus stellte die Kostenfrage und versäumte es

nicht, sogleich das Ministerium zu informieren. Dieses reagierte mit der Berufung eines Ausschusses, in dem je drei Marburger und Gießener Professoren die Fusion erörtern sollten, die offenbar zunächst in der Linie des Ministeriums lag – und zwar in der Art, daß eine Funktionsteilung und -abstimmung zwischen beiden Universitäten erfolgen sollte. Ebbinghaus argumentierte gegen die Verlegung von Marburger Naturwissenschaften nach Gießen – er wollte die Vereinigung, aber in Marburg. Eine Fusion in Gießen käme nicht in Frage. Becherts aufrichtige, aber unrealistische Argumentation für den Erhalt der Ludoviciana setzte ihn sogleich ins Unrecht. Diese Konsequenzen haben dann die von Max Rolfes stark mitgeprägte Hochschulpolitik Gießens in den 1950er Jahren in hohem Maße bestimmt.

Unterdessen erhielt der Marburger Rektor Sukkurs von gewichtiger Seite. Kein geringerer als der Theologe Heinrich Frick, einst einer der Initiatoren des (gewaltigen) Marburger „Schloßprojekts“, Protagonist also einer herausgehobenen Stellung Marburgs in den deutschen Geisteswissenschaften, nahm in einem Memorandum zugunsten Marburgs, also für die Schließung der Ludoviciana Stellung. Er erinnerte, daß bereits in den 1920er und 1930er Jahren eine Reduktion Gießens auf Medizin, Veterinärmedizin und Landwirtschaft besprochen worden war, dafür sollte es die zweite Ausbildungsstufe von Lehrern und Pfarrern erhalten. Frick war damals unter sichtlichem Einfluß der „Reichsreform“ und der großhessischen Kirchenpläne des Darmstädter Prälaten Wilhelm Diehl gestanden, die er von Marburg aus unterstützte. Von da rührte die Argumentation, Gießen sei ein Produkt der innerevangelischen Spaltung und damit derzeit überflüssig geworden. Frick forderte Konzentration: die Zerstörung in Gießen, die Verluste der Universitätsbibliothek, die Schädigung

gen des Lehrkörpers in den Geisteswissenschaften durch die nationalsozialistische Berufungspolitik waren gewichtige Argumente. Frick erinnerte, daß unter den Theologen der Alttestamentler Rudolph der einzige über Gießen hinaus renommierte Professor sei, den man auch nach Marburg berufen könnte – die fatale Krise der Theologischen Fakultät belastete die Universität auch über die nationalsozialistische Zeit hinaus. Weiter sei die Stadt Marburg viel stärker mit der Universität identifiziert und auf sie angewiesen als die Handels-, Verkehrs- und Industriestadt Gießen. Der Verlust des Frankfurter Raumes für die Ludoviciana wurde von Frick eindringlich dargestellt, da sie die Abwanderung von Studenten verursacht hatte. In den Augen Fricks sollte folglich Marburg zur einzigen nordhessischen Universität und zum Gegenpol Frankfurts werden. Die Gießen-Marburger Verhandlungen fanden in einer für die Ludoviciana höchst angespannten Situation statt. Zahlreiche Mitglieder des Lehrkörpers waren wegen ihres Verhaltens im Dritten Reich entlassen worden; in rüder Form sperrte am 1. Oktober 1945 die Darmstädter Regierung erneut die Konten, so daß keine Gehälter bezahlt werden konnten. Demgegenüber mutete es rührend an, daß der Gießener Jurist Heyland in einer ausführlichen Darlegung die staatsrechtlichen Folgen der deutschen Katastrophe für die Besoldungspflichten des Landes Hessen ins Feld führte. Schon am 18. September 1945 hatte Bechert die Institutionen der Universität aufgefordert, Mitarbeitern, die sie für entbehrlich hielten, nahezulegen, sich an einer anderen Stelle umzusehen. Wilde Spekulationen erfüllten die Landschaft; sogar Braunfels machte sich Hoffnungen, Universitätsstadt zu werden. Verzweifelt setzten Gießener Professoren und Politiker alles daran, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Der alte Otto Eger, Jurist und eine der

beherrschenden Figuren der Ludoviciana; appellierte sogar an den Prinzen von Hessen-Darmstadt, für die Gründung seiner Väter zu kämpfen. Im Glückwunschsreiben an den neuen großhessischen Kultusminister bemühte sich Bechert verzweifelt, die Sperrbestimmungen für die Universität zu beseitigen, nachdem er am 18. September 1945 ihre Wiedereröffnung beantragt hatte.

Die Schließung der Universität Gießen

Die Hoffnungen auf die neue großhessische Regierung von Karl Geiler in Wiesbaden trogen rasch. Kultusminister wurde der Frankfurter Nationalökonom Franz Böhm (CDU); das war nicht unwichtig, da der Ministerpräsident Geiler, ein Heidelberger Professor, eine Priorität Gießens vor Frankfurt zeitweilig erwogen hatte. Eine Unterstützung Frankfurts lag bei Böhm ebenso nahe wie beim nunmehrigen Darmstädter Regierungspräsidenten Bergsträsser. Geiler und Böhm hatten jedoch durchaus eine vorläufige Eröffnung der Ludoviciana bewilligen wollen, nachdem der Gießener Oberbürgermeister Dönges und der Rektor Bechert darauf gedrungen hatten. Die Regierung rühmte die hohe Qualität der Naturwissenschaftlichen Fakultät, die ohne eine Gesamtuniversität nicht verteidigt werden könnte.

Aber im Januar 1946 entschied der Finanzminister Matthes, gestützt auf Parallelrechnungen zu Heidelberg und Freiburg, daß Hessen außer der TH Darmstadt nur eine einzige Universität unterhalten könnte, und daß er somit auf der Schließung wenigstens einer Hochschule bestehen müßte. Die scheinbaren Ressortzwänge hatten den Finanzminister in einer allgemein trostlosen Situation zum Anwalt eines Kahlschlags werden lassen. Die konkreten Entscheidungen überließ er dem Regierungschef und dem Kultusminister. Diese

argumentierten, daß Marburg unbeschädigt und bereits eröffnet, Frankfurt eine die Staatskassen entlastende Stiftungsuniversität der Stadt sei. Matthes wollte im Falle einer Schließung Gießens eine landwirtschaftliche und eine veterinärmedizinische Fakultät zugestehen. Die Politiker verwiesen auf die extrem rückläufigen Studentenzahlen im Dritten Reich.

Böhm hat später dementiert, daß Hartshorne hier einen Druck ausgeübt habe. Vielmehr war es der Amerikaner, der eine Stellungnahme der Hochschulen selbst forderte – dank seiner Beziehung zu Ebbinghaus mußte er freilich wissen, wie diese ausfallen würde. Auf eine Anfrage Becherts erklärte sich Hartshorne für eine Fusion; er erwies sich als ein Anhänger der großen amerikanischen Universitäten von 10 000 bis 20 000 Studierenden, die damals für Deutschland exorbitant schienen. Am 15. Januar beantragte das Ministerium die provisorische Eröffnung Gießens, ohne daß es dazu kam. Unterdessen ergaben sich neue Schwierigkeiten. Am 12. Februar ließ Ministerialrat Hoffmann in spitzfindiger Auslegung der Gießener Argumente dem Rektor Bechert mitteilen, da Gießen den Kompromiß eines Zusammengehens mit Marburg abgelehnt habe, sollte es auf Landwirtschaft und Veterinärmedizin reduziert werden – das war nichts anderes als das Programm des Frick'schen Memorandums. Andererseits schienen Äußerungen des Gießen relativ wohlgesonnenen Ministerialrats Hoffmann auch neue Hoffnungen zu signalisieren, mit allen Fakultäten anfangen zu können.

Es gab auch andere Lichtblicke: Kultusminister Böhm hatte überaus kritische Äußerungen über die Verbindung der Marburger Juristenfakultät mit dem Regime des Dritten Reiches getan, die in Gießen wieder hoffen ließen. Bechert konnte darauf hinweisen, daß so namhafte Gelehrte wie der Germanist Rehm, der Mediävist Tel-

lenbach, der Klassische Philologe Süss, der Philosoph Bollnow, alles ehemalige Gießener, bereit waren, der bedrängten Universität durch ihr persönliches Engagement zu helfen. Er appellierte am 3. Februar 1946 an die Stadt Gießen, bat um beschleunigte Überlassung des Gail'schen Fabrikgebäudes zur Entlastung der Raumfrage, bat um Heizungs- und Bücherhilfe. Am 15. März ließen der Kultus- und der Finanzminister erklären, daß man auf vier Semester die Gesamtuniversität wieder eröffnen könne, aber der Entschluß sei unwiderruflich, daß allein Veterinärmedizin, Landwirtschaft und immerhin fünf naturwissenschaftliche Lehrstühle zur Unterstützung der beiden Hauptfakultäten, dazu ferner neu die Forstwissenschaft und ein Pädagogisches Institut weiterbestehen würden.

Am 29. März 1946 tagten in Wiesbaden die vier hessischen Rektoren, um das Schließungsproblem zu diskutieren. Nach der Vorgeschichte war freilich die Gießener Position schon aussichtslos geworden. Bechert stellte die Verfassungsmäßigkeit einer Universitätsschließung auf dem Anordnungswege in Frage und gab, assistiert vom Prorektor Voit, einen Überblick über die derzeitige Situation. Offenbar war es das gegen früher schon stark zurückgenommene, vornehmliche Verhandlungsziel Becherts, die komplette Naturwissenschaftliche Fakultät zu erhalten. Da aber Bechert immer noch die Hoffnung auf die Rettung der Gesamtuniversität aussprach, wandte sich dagegen der entscheidende Einspruch von Ebbinghaus, der meinte, daß auf so engem Raume zwei voll ausgebildete Universitäten nicht zu halten seien, und der sich gegen die vorläufige Öffnung Gießens in jeglicher Form wandte – die eingesparten Mittel sollten Marburg und Frankfurt zugute kommen. Die Vertreter Darmstadts und Frankfurts schlossen sich Ebbinghaus an. Allein der Frankfurter Jurist Walter Hallstein, der spätere Staatsse-

ekretär und Präsident der EWG, fand ein Wort für die uralte Tradition der Ludoviciana. Man wird allerdings nicht umhin können festzustellen, daß eine provisorische Eröffnung der Ludoviciana in der Situation des Jahres 1946 viel Problematisches gehabt hätte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte die Unsicherheit der kommenden Entwicklungen auch bei provisorischer Eröffnung den späteren Exodus der namhafteren Gelehrten nicht verhindern können. Die Entlassung zahlreicher Professoren durch die Schließung, ihre oft problematische Existenz, das bittere Schicksal mancher danach, zeigten indessen, daß hinter dem Wunsch nach Neueröffnung auch recht handfeste Vorstellungen standen.

Unter dem neuen Kultusminister Schramm wurde die endgültige Schließung der Universität Gießen verfügt. Professor Böhm (Frankfurt), der an der entscheidenden Sitzung teilnahm, notierte sich als Ergebnis: „Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten (Theologische, Rechts- und Staatswissenschaftliche, Philosophische) hören in Gießen zu arbeiten auf und werden mit Marburg vereinigt. Gießen bleibt mit Landwirtschaft und Veterinärmedizin eine Hochschule eigenen Typs, zu der eine nicht vom Staat unterhaltene Akademie zur Fortbildung der Ärzte tritt, deren Betrieb als Standesaufgabe der Ärzteschaft unter Beteiligung der Kommunalverbände angesehen wird. Den Ausschlag gebe die entschiedene Stellungnahme des Finanzministers gegen die Aufrechterhaltung von drei Universitäten; er hatte ausgeführt, daß das Bedürfnis des Landes Großhessen im Grunde nur eine Universität rechtfertige.“ Immer noch aber ging es um eine echte Arbeitsteilung zwischen Marburg und Gießen. Der Kultusminister Schramm hatte erläuternd hinzugefügt, daß die Geisteswissenschaften in Marburg, der „Rest“, d. h. vor allem die Naturwissenschaften an

beiden Orten, mit einem Schwerpunkt auf dem Unterricht in Gießen, auf der Forschung in Marburg, angesiedelt werden sollten. Der Rektor sollte in Marburg, der Prorektor in Gießen sitzen.

Aber auch damit war der Rektor der Philippina nicht einverstanden. In der Diskussion plädierte zwar auch Ebbinghaus für die Fusion; sie sollte aber ausschließlich in Marburg stattfinden. Paul Cermak, der selbstlose und integre Nachfolger des mittlerweile als Rektor zurückgetretenen Bechert, brach, wie bereits dieser vom Physikkollegen Wilhelm Hanle beraten, erneut eine Lanze für Gießen, wo man die Forstwissenschaften wiederum ansiedeln könnte – er kritisierte die Marburger Weigerung, die Naturwissenschaften und die Medizin nach Gießen abzugeben. Auch Cermak kämpfte also nur noch um das Konzept einer ehrlichen Teilung. Die Einheit der Gießener Position erhielt überdies einen Bruch, als der Oberbürgermeister Dr. Dönges nun vor allem für die Erhaltung der Medizin plädierte – also für eine noch weiter zurückgenommene Position. Der Darmstädter Vertreter Viehweg kritisierte, daß man Gießen auflöste, während man gleichzeitig Mainz neu gründete. Edward Hartshorne regte sogar an, die Veterinärmedizin aus Gießen zur Fusion mit der dortigen Fakultät nach Hannover zu verlegen. Damit wurden vor allem ältere Pläne wieder aufgewärmt; Gießen hätte einen weiteren schweren Stoß erhalten.

Bereits am 13. April war der Rektor der Ludoviciana, Karl Bechert, zurückgetreten. Die Amtsgeschäfte als provisorischer Rektor hatte das damals dienstälteste Senatsmitglied, der Physiker Paul Cermak, der zeitlebens in Gießen gelehrt hatte, übernommen, ein Mann, der mit großem Ernst und persönlicher Integrität die schwierige Lage zu meistern versuchte. Neben Bechert hat in jenen bitteren Stunden der Gießener Universität vor allem Cer-

mak den verzweifelten Kampf ums Überleben durchgeföhrt. Aber es sollte nichts helfen. Der Schock in Gießen war groß, obgleich sich die Ereignisse schon lange abgezeichnet hatten. Schon am 6. April hatte Bechert den Mitgliedern der Universität mitgeteilt, daß diese „auf Anordnung der deutschen Regierung (!) in eine Hochschule für Veterinärmedizin und Landwirtschaft umgewandelt würde“. Vergebens versuchte Bechert auf Anregung des Chemikers Krollpfeiffer eine Protestaktion aller anderen Hochschulen anzuregen, nachdem sich bislang nur die „eigensüchtigen beteiligten Schwesterhochschulen“ geäußert hätten. Es kam kein Echo, jeder hatte genügend mit sich selbst zu tun.

Die Folgen der Schließung

Die Fusionspläne wurden niemals realisiert, obgleich das Ministerium dekretiert hatte, Marburger Berufungen dann zu sperren, wenn es geeignete Gießener Bewerber gäbe. Von Frankfurt war nicht die Rede. Die Beutezüge der umliegenden Universitäten, die ihre Bestände aus Gießener Seminarbibliotheken seit Sommer 1946 zu ergänzen suchten, wurden vom Ministerium ausdrücklich unterstützt – für die sterbende Ludoviciana und für die Stadt eines der schlimmsten Ereignisse, für die Beteiligten ein unvergeßlicher Eindruck. Der Altgermanist Alfred Goetze ist in den Aufregungen bei diesen Ereignissen gestorben – andererseits lehnte es der Frankfurter Mittelalter-Historiker Paul Kirn in nobler Geste ab, die Gießener historische Bibliothek abzutransportieren. Man muß allerdings sagen, daß man in Gießen den drohenden Ereignissen ziemlich hilflos gegenübergestanden hatte. Erst relativ spät bemühte man sich seitens der Gießener Hochschule, die verbliebenen und ausgelagerten Bücherbestände der Universitätsbibliothek sicherzustellen.

Freilich gab es durchaus Argumente für diese Konzentration von Büchern in Notzeiten, war sie nach der Schließung der Ludoviciana nicht ganz unlogisch, auch wenn die Gelegenheit da und dort recht gierig und hemmungslos ausgenützt wurde. Keineswegs alles kehrte später wieder zurück. Brennender war indessen das Schicksal der Menschen; die Mitglieder, Bediensteten und Studenten der geschlossenen Fakultäten standen vor einem ungewissen Los, ganz abgesehen von nicht wenigen, die zuerst den provisorischen Maßnahmen gegen die Anhänger des NS-Regimes, dann dem Spruchkammerverfahren unterlagen. Die Situation machte das Fusionsprojekt verlockend, zugleich aber den Rektor Ebbinghaus und die Universität Marburg endgültig zu Herren der Lage. Andererseits schienen die Gießener wie gelähmt. Die hoffnungslos geschwächte Lage der geschlossenen Fakultäten führte zu einer Bittstellerrolle mancher Gießener. Ebbinghaus scheint sich wohl bemüht zu haben, aber auch er stieß rasch auf die Opposition der betroffenen Marburger Fakultäten, die auf ihre Autonomie pochten. Dadurch aber zeichnete sich eine Konstellation ab, in der die Marburger praktisch zu Richtern über die Gießener Kollegen wurden. Auch hier entbehrten die Bedenken der Marburger nicht immer der Berechtigung, auch wenn manche von ihnen die Umstände sichtlich auskosteten. Die schweren Einbrüche des Dritten Reiches machten die Kritik oftmals leicht. Aber die Marburger haben doch sehr drastisch geurteilt. Es kam ja zu der für Gießen demütigenden Situation, daß der Rektor Cermak ausführliche Listen aller Professoren und Assistenten der betroffenen Fakultäten einschließlich der Naturwissenschaften nach Marburg schickte, aus denen dann die entsprechenden Marburger Fakultäten die gewünschten Kandidaten herausuchen konnten.

Nur ein ganz kleiner Teil der betroffenen Gießener wechselte schließlich nach Marburg. Dort wählte man aus. Manche Gießener Dozenten erhielten eine „Berufung zweiter Klasse“, nämlich einen Lehrauftrag, so die Juristen Eger und Frölich. Die Marburger bemühten sich allerdings mit Erfolg um die Gewinnung des Anglisten Walther Fischer, des Chemikers Lothar Hock, des Juristen Wolfram Müller-Freienfels; die Marburger Berufungen zweier bedeutender Gelehrter, die des Pädagogen Bollnow und des Physikers Bechert, des ehemaligen Rektors, scheiterten. Sie gingen nach Kiel bzw. Mainz. Dem nicht unbedeutenden Chemiker Friedrich Krollpfeiffer wurde eine Berufung in Aussicht gestellt, aber niemals realisiert. Auch um die Eingliederung der Gießener Studenten bemühte sich Ebbinghaus immerhin. Er nahm insgesamt 260 auf, 40 Theologen, 60 Juristen, 30 Staatswissenschaftler, 40 Mediziner, 60 Geisteswissenschaftler, 30 Naturwissenschaftler.

Aber die Politik des Rektors Ebbinghaus blieb selbstverständlich vor allem Marburger Interessenpolitik. Schon am 28. April 1946 sprach er sich in Briefen an Ministerpräsident und Kultusminister erneut gegen eine Teilung von Naturwissenschaften und Medizin zwischen Marburg und Gießen aus – dies würde möglicherweise zu *zwei* Mißgeburten führen. Ebbinghaus meinte, eine Schwächung der Marburger Institutionen käme nicht in Frage. Er forderte demgegenüber den Wiederaufbau der zerstörten Marburger Institute, Mittel zum Ausgleich von Vernachlässigung einzelner Institutionen während des Nationalsozialismus, Aufstockung des Personals unter Berücksichtigung Gießener Kräfte, Beteiligung Marburgs an der Masse der Gießener Bibliotheken. Als außerordentlich wichtig bezeichnete Ebbinghaus eine Verbesserung der Wohnsituation für Studenten und Professoren. Davon, daß das Dritte Reich

auch die Ludoviciana schwer mitgenommen hatte, war keine Rede – noch davon, daß Marburger wie Gießener Professoren ihren Anteil an jener Zeit hatten.

Am 6. Februar 1947 mußte Bechert in einem bitteren Schreiben an den hessischen Kultusminister feststellen, daß die Marburger und Ebbinghaus ihre Zusage nicht eingehalten hätten, Gießener Professoren nach Möglichkeit unterzubringen. Dem stünde entgegen, daß sich die Fakultäten das freie Selbstbestimmungsrecht nicht einschränken lassen wollten. Der Fall des hochqualifizierten Gießener Physikers Wilhelm Hanle mache das besonders deutlich. Erbittert konstatierte Bechert, man habe in Marburg jene Zusage nicht eingehalten, die Voraussetzung der weiteren Entwicklung gewesen sei.

Der Untergang der alten Ludoviciana war somit nicht einer Willkürmaßnahme des Universitätsoffiziers Hartshorne oder einer Intrige des Rektors Ebbinghaus oder anderer auswärtiger Kollegen zuzuschreiben. Derartige Interpretationen legen allenfalls Teilwahrheiten offen. Der Untergang der alten Ludoviciana wurzelte in der Zeit vor 1945, im Aufstieg der Universität Frankfurt, im Zusammenwachsen des hessischen Raumes, im Niedergang des alten Föderalismus. Mit dem Ende der historischen Länder, die seit 1815 das Gesicht der Universitätspolitik bestimmt hatten, war auch die Basis der hessen-darmstädtischen Landesuniversität Gießen brüchig geworden. Trotz vereinzelter Neuansätze bedeutete dann das Dritte Reich für Gießen einen erschreckenden Niedergang, vor allem in den Geisteswissenschaften, der eingeleitet wurde durch die schändliche Entlassung der jüdischen und sonst politisch mißliebigen Professoren. Im Negativen zeigte sich überdies die bedeutende Rolle der Theologischen Fakultät, für die die Haltung im Dritten Reich schließlich in eine Katastrophe mündete. In den Verhandlungen

gen mit Marburg bescheinigte man dort einem einzigen Gießener Theologen eine überlokal bedeutende Stellung, dem Alttestamentler Wilhelm Rudolph, der auch in der Zeit des Dritten Reiches eine unbeirrbar persönliche und wissenschaftliche Integrität gezeigt hatte. Schlimmer konnte der Stab über die Entwicklung des Dritten Reiches innerhalb der Gießener Theologie nicht gebrochen werden. Die Berliner Wissenschaftsverwaltung des Dritten Reiches hatte überdies alles getan, um die Entwicklung im ungeliebten Gießen zu verschärfen; damit verstärkte sich die Position der naturwissenschaftlichen Fächer im Gefüge der Ludoviciana immer mehr. All das deutete darauf hin, daß die Universität bereits im Dritten Reich reduziert werden sollte.

Die Entwicklung nach 1945 ist ohne diese Vorgeschichte nicht denkbar; der Gang des Max Rolfes nach Marburg, so problematisch seine Folgen waren, dokumentierte ein Gefühl der Ausweglosigkeit in Gießen. Die geographische und politische Neuorientierung des vereinigten und vergrößerten Hessen tat ein übriges. Die staatliche Einheit schuf neue Perspektiven, wie sie sich schon frühzeitig in den Maßnahmen des Darmstädter Präsidenten Bergsträsser abgezeichnet hatten; die frische Partnerschaft mit Frankfurt ging zu Lasten des abgelegenen Gießen. Die finanziellen Sorgen führten wiederum zu den Streichungsforderungen des Finanzministers, die verstärkt wurden durch eine Stimmung des Kampfes aller gegen alle unter den Universitäten. Die personellen Querverbindungen der Frankfurter und der Marburger waren besser als die der Gießener – sie haben jedoch die strukturellen Vorgaben nur überlagert und verschärft.

Die später in Gießen sehr deutliche emotionale Abneigung gegen Ebbinghaus wurde wohl vor allem durch die personalpoliti-

schen Entwicklungen verschärft, welche die Professoren der aufgelösten Fächer betrafen. Aber man muß Ebbinghaus doch zubilligen, daß er Marburger Interessen zu vertreten hatte. Der ehemalige Minister Böhm rechtfertigte sich damit, daß aus einer Notsituation heraus Sachentscheidungen zu treffen waren. Daß sie mit List und äußerster Härte herbeigeführt wurden, teilweise brutale Maßnahmen hervorriefen und rechtlich bedenkliche Seiten hatten, steht auf einem anderen Blatt. Der Untergang der Ludoviciana wurzelte letztlich im Dritten Reich, so daß man die Gießener Universität gleichsam als Opfer des Nationalsozialismus bezeichnen kann – so sehr manche Professoren in sein System verstrickt gewesen waren. Für die Gießener stellte sich nun die Frage, was sie aus der katastrophalen Situation machen konnten.

III.

Debatten um die Zukunft

Die Bilanz war niederschmetternd. Am 16. Mai 1946 war die „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ eröffnet worden, mit 376 Studenten – man war gleichsam auf die Größenordnung von 1607 zurückgekehrt. Aber Veterinärmedizin und Landwirtschaft nahmen einen bemerkenswerten Aufstieg – dagegen waren die Naturwissenschaften halbiert und zu Hilfswissenschaften degradiert worden. Die Medizinische Fakultät war als selbständige Medizinische Akademie abgetrennt und damit in einen schwierigen Existenzkampf geworfen worden.

Diese Jahre der amputierten Universität Gießen stellen aus heutiger Sicht eine Zwischenphase dar, die vor dem 375jährigen Raster der Gesamtgeschichte scheinbar nur eine kurze Episode bedeutete. Aber danach war die Stimmung 1946 nicht. Am 21. Juni hatte das Kultusministerium den Juri-

sten Otto Eger als Sonderbeauftragten für die Ludwigs-Universität eingesetzt. Der alte Mann, der so vieles für die Gießener Studenten getan hatte, überlebender Zeuge einer besseren Vergangenheit, zweimal Rektor der Universität, nahm pflichtbewußt und staatsreu die Aufgabe auf sich, ohne daß er viel mehr tun konnte als zu verhindern, daß das Schlimme noch schlimmer wurde. Er war nicht der Mann, sich gegen den Willen der Obrigkeit aufzulehnen, wozu auch die Umstände wenig Chancen geboten hätten.

Die Debatten über die Universität gingen jedoch weiter. Die Parteien in Gießen bemächtigten sich des Themas. Naturgemäß stand nach der noch relativ provisorisch wirkenden Eröffnung der „Hochschule für Bodenkunde und Veterinärmedizin“ im Mai die in Aussicht gestellte Forstwissenschaftliche Fakultät und die Frage einer Medizinischen Akademie im Vordergrund, in der die alte Medizinische Fakultät als Torso dahinzusterben drohte. Daß sich freilich auch hier ein kräftiger Überlebenswillen mit hohem wissenschaftlichem Niveau behaupten konnte, steht auf einem anderen Blatt. In mehreren Bereichen haben die Überlebenden der aufgelösten Ludoviciana den Wiederaufstieg vorbereitet – die Gießener CDU forderte, daß die Medizinstudenten Frankfurts und Marburgs in Gießen ihre klinischen Semester ableisten sollten, um damit dem Weiterbestehen der Gießener Medizin einen Rückhalt zu geben. Auch die SPD plädierte für eine Arbeitsteilung in Hessen. Gießen sollte mit Marburg und Frankfurt einen „Verbund“ bilden, dadurch aber ein Minimum an „allgemeinbildenden“ Fächern behaupten. Die Leistungsfähigkeit sollte durch Differenzierung im hessischen Universitätssystem gesteigert werden – ein rigoroser Numerus clausus die Qualität sichern.

Damit war die Diskussionsrunde eröffnet. Der Rektor Cermak drängte unterdessen

die Stadt auf eine angemessene Ausstattung der Hochschule mit Räumen. Wie schwierig die Situation war, zeigte sich darin, daß der Rektor sich bis 1947 bemühen mußte, den Zugriff der Amerikanischen Bibliothek und der Gießener Spruchkammer auf das Zoologische Institut abzuwehren. Auf Cermaks Vorstöße hin bildete Oberbürgermeister Albin Mann einen Ausschuß für Universitätsfragen, dem er selbst, der Rektor, der Exkultusminister und Leiter der Volkshochschule, Professor Strecker, Dr. Leichert von der SPD und Dr. Martin von der CDU angehörten. Zugleich wurde eine Protestversammlung gegen den kulturellen Ausverkauf Gießens einberufen – vor allem gegen den Abtransport der Institutsbibliotheken. Einhellig votierten die Parteien für die Universität.

Nach einer Besichtigung der Hochschule durch die hessischen Minister Stein und Lorberg trat der Gießener Ausschuß zusammen. Stein wollte damals der Frage nachgehen, ob die Institute der Hochschule nach außen verlegt werden könnten. Lich war als Standort bereits verworfen worden. Zunächst stand man in Gießen den guten Absichten des Kultusministers Stein skeptisch gegenüber, zumal als dieser betonte, daß die Universitätsprobleme auf dem Anordnungswege reguliert werden könnten und nicht der Gesetzgebung bedürften – man verdächtigte ihn sogar, die Gießener CDU zum Schweigen gebracht zu haben. Das Drängen auf eine Abgabe der „nicht mehr benötigten Seminarbibliotheken“ löste besondere Erbitterung aus. Cermak und Eger suchten hier mit den Darmstädtern zu einem Ausgleich zu kommen, während sich die Frankfurter Ansprüche als unersättlich erwiesen. Insgesamt gingen schließlich vier Seminarbibliotheken nach Frankfurt und eine nach Darmstadt. Die amerikanische Literatur des Englischen Seminars gelangte mit der

Berufung Fischers nach Marburg. Dies waren alles keine guten Vorzeichen für die weitere Entwicklung.

Aber immer noch blieb das Schicksal der Ludoviciana in der Schwebe, immer noch wurden in Gießen Wünsche nach einer Volluniversität ausgesprochen, tauchten demgegenüber wieder die alten Fusionspläne auf, die noch vor kurzem durch Ebbinghaus unterlaufen worden waren. Der medizinische Dekan Ferdinand Wagenseil forderte sogar einen Untersuchungsausschuß, der die Verantwortlichkeiten für die Auflösung 1946 klären sollte. In Kenntnis der Marburger Vorgeschichte erstaunt heute natürlich nicht, daß der Rektor Rolfes abwinkte – wegen der personellen Probleme und wegen des Verhältnisses zur Nachbaruniversität, wie er sagte. Rolfes war von 1948 bis 1951 Rektor der Hochschule und damit der Hauptverantwortliche für die entscheidende Phase der Konsolidierung nach dem Niedergang. Er betrieb eine zurückhaltende Politik des Möglichen – es ging Rolfes darum, in einer Zeit beträchtlicher Rechtsunsicherheit der neuen Hochschule eine legale Grundlage zu geben und sie, wenn möglich, vorsichtig zu ergänzen. Die Linie des Rektors Rolfes war ohne Frage geprägt vom Eindruck der Situation nach 1945. Er war ja in besonderem Maße durch die Entwicklung geprellt worden. Ihm ging es darum, nun Sicherheit zu schaffen.

Das Gießen-Gesetz von 1950

1949 unternahm die Hochschule unter ihrem Rektor einen neuerlichen Vorstoß, um drei Ziele zu erreichen: die Bezeichnung als Universität, den Ausbau der Naturwissenschaften zu einer Fakultät und die Wiedereingliederung der Medizin, die Habilitationsrecht bekommen sollte. Die Gießener Medizin hatte es vermocht, in ihrer bedrängten Situation unter geschickter Aus-

nützung der allgemeinen Bedürfnisse und durch bemerkenswerte wissenschaftliche Leistungen ihre Existenzberechtigung zu dokumentieren. Rolfes' Zielsetzung ging also noch ganz auf Naturwissenschaften und Medizin – es sei der Universität sicher auf Jahre, ja auf Jahrzehnte nicht möglich, das Ganze einer Alma mater wieder herzustellen. Rolfes verwies darauf, daß für die öffentliche Meinung in der Stadt mit der nach wie vor voll ausgebildeten Medizin alle Voraussetzungen für die Wiederkehr einer Universität gegeben seien – die Mehrheit wolle keine weiteren Fakultäten. Rolfes meinte damals: „Darüber hinaus haben gerade die jüngeren und wissenschaftlich ernstzunehmenden Kollegen nicht die Absicht, die solide friedliche Wiederaufbauarbeit in Landwirtschaft, Veterinärmedizin, Medizin usw. durch überflüssige geisteswissenschaftliche Exkursionen zu gefährden.“ Es muß offen bleiben, ob sich bei dem hochgebildeten Rolfes dahinter Taktik oder Blindheit verbarg.

Die Konzentration auf die naturwissenschaftlich-landwirtschaftlichen Fächer schien sich jedenfalls durchgesetzt zu haben – Rolfes hat auf dieser Basis die „kleinere Lösung“ betrieben. Dabei gewann er im amtierenden Kultusminister Erwin Stein (CDU), nach anfangs beträchtlichem Gießener Mißtrauen, zunehmend einen wichtigen Partner, der freilich immer noch dem Finanzminister erhebliche Konzessionen machen mußte. In Gießen fand man sich ab. Der „Gießener Anzeiger“ sprach von Arbeitsteilung und Austausch mit Marburg. Damit war der Weg frei für die Verwandlung des Provisoriums in ein Definitivum. Im nachhinein wird man die kollegiale Konsolidierung der Hochschule für Bodenkultur zur Justus Liebig-Hochschule – programmatisch gab sich die reduzierte Universität den Namen ihres bedeutendsten Gelehrten – vielleicht als den entscheidenden Knotenpunkt auf dem Weg zur

Wiedergeburt ansehen dürfen. Man muß dabei festhalten, daß das Land nach wie vor dogmatisch auf dem Grundsatz beharrte, daß es nicht mehr als zwei Universitäten tragen könnte, und noch 1957 wurde die Akzentsetzung von 1946 und die Forderung nach bescheidenen Dimensionen in das Universitätsgesetz hineingeschrieben. Es waren die Jahre, in denen von der Gießener Hochschule das Schlagwort von der „Biologischen Universität“ propagiert wurde.

An der Jahreswende 1949/50 hatte sich jedoch Ministerpräsident Christian Stock an den Rektor gewandt und bereits auf die Möglichkeiten einer späteren Aufstockung hingewiesen. Rolfes konnte mit der Betonung beträchtlicher Fortschritte in den verbliebenen Fakultäten erwidern – er verschwie jedoch, daß sich die Naturwissenschaften zäh unter der schützenden Glocke der Hochschule zu behaupten suchten, und auch die Mediziner jeglichen Substanzverlust mit aller Energie abzuwehren trachteten. Einen möglicherweise hilfreichen Vorstoß der evangelischen Kirchenleitung von Hessen-Nassau zur Wiedererrichtung der Theologischen Fakultät in Gießen sah die Justus Liebig-Hochschule indessen als störend an. Man blieb auf der eingeschlagenen Linie, hatte dabei wohl auch den erschreckenden Niedergang der Fakultät nach 1933 vor Augen. Die Stadt spielte bei all diesen Bemühungen eine beträchtliche Rolle, war Förderin und Rückhalt aller einschlägigen Bestrebungen. Störend waren dagegen Stimmen aus einem Bonner Institut, die die endgültige Liquidierung der Gießener Hochschule forderten.

Als es dann 1950 zum sogenannten „Gießen-Gesetz“ kam, folgten daraus schwere Auseinandersetzungen. Die Landesregierung hatte einen starken Staatseinfluß auf die Hochschule festgeschrieben – einen Verstoß gegen die Traditionen, der zum leidenschaftlichen Protest der drei anderen

Hochschulen führte. Ihn machte sich wiederum die FDP und in ihr vor allem der Landtagsabgeordnete und Marburger Oberbürgermeister Bleek zu eigen. Ein Kuratorium und ein Hochschulbeirat schienen starke Elemente staatlicher und gesellschaftlicher Mitsprache zu sichern. Der Landtag setzte sich über die Opposition der drei anderen Hochschulen hinweg, die offensichtlich neben einer Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit auch eine Konkurrenz bei begrenzten Mitteln fürchteten. Gerade dadurch aber wurde eine harte Auseinandersetzung provoziert. Der wohl engagierte Politiker in diesem Ringen um das erste Gießen-Gesetz war der Gießener SPD-Abgeordnete Konrad Gumbel. Der schwer kriegsbeschädigte Mann verfocht die Gießener Belange mit aller Entschiedenheit und Schärfe. Dabei entfachte er einen erneuten heftigen Streit um die Schließung der Ludoviciana 1946, der zu schweren Verstimmungen in Marburg und Frankfurt Anlaß gab, in der öffentlichen Meinung den Gießener Bestrebungen jedoch langfristig sehr nützte. Der ehemalige Rektor Karl Bechert und der frühere Kultusminister Böhm (Frankfurt) griffen noch einmal zur Feder. Der Rektor Rolfes indessen hielt sich im Hintergrund – er lavierte zwischen der Kollegialität der Universitäten und den Gießener Interessen, ließ die Politiker agieren, eine nicht ungeschickte Politik, und es erstaunt nicht, daß Rolfes schließlich außer dem Minister Stein auch dem Abgeordneten Karl Gumbel einen warmen Dankesbrief schrieb. Das Gießen-Gesetz von 1950 war verabschiedet und so die Justus Liebig-Hochschule auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden.

Der Wiederaufstieg zur Universität

Eher unwillentlich waren damit die Weichen für die Wiederkehr einer vollen Uni-

versität gestellt. Die Expansion des Bildungswesens und vor allem die einsetzende Hochkonjunktur in der jungen Bundesrepublik, aber auch die beträchtlichen Leistungen der Hochschule, zu deren Hauptexponenten in den folgenden Jahren neben Max Rolles der Landwirt Eduard von Boguslawski wurde, haben im Stillen die Voraussetzungen für die erneute Expansion geschaffen. Die Studentenzahlen stiegen unter dem Rektorat Rolles 1950 auf über 1000, um danach nur noch einmal kurzfristig abzusinken. Die in sich widersprüchliche Lösung eines trosshaften Fortbestehens von Naturwissenschaften und Medizin entfachte eine eigene Dynamik. Die Naturwissenschaften, immer noch auf fünf Lehrstühle reduziert, sollten eine dienende Rolle für die zentralen Fächer Landwirtschaft und Veterinärmedizin spielen, die klinische Medizin sollte allein auf die Fortbildung beschränkt werden. Dagegen bäumten sich diese Fächer auf. Die Naturwissenschaftler sprachen von einem „Schandparagrafen“ des Gesetzes. Schnell zeigte sich in den folgenden Jahren, daß man über dieses hinwegschreiten konnte – die Mediziner, die faktisch damals zur vierten Fakultät geworden waren, hatten letztlich eine gesicherte Grundlage für ihren Ausbau. 1951 erreichte man das Lehramtsstudium für die Naturwissenschaften – zugleich versuchte man, durch eine Schwerpunktbildung für den europäischen Osten weitere Impulse für Gießen zu gewinnen. Auch mit dem Aufbau einer Allgemeinen Abteilung wurde begonnen. Anlässlich des 350jährigen Jubiläums 1957 wurde die Justus Liebig-Hochschule zur Justus-Liebig-Universität. Dem Gesetzestext nach war dies eher eine Namensänderung, verbunden mit einer vorsichtigen Erweiterung. Die Fortschrittseuphorie jener Jahre gewann jedoch eine eigene Dynamik. In allen Reden des festlich begangenen Jubiläums stand im Mittelpunkt die Wieder-

geburt einer vollen Universität. Es sagte alles, wenn der Rektor Ankel ausrief: „Universität sind wir erst dem Namen nach“. Dennoch war auch 1957 eine wichtige Etappenstation zu einer erfolgreichen Neuentwicklung – es dauerte nur noch bis etwa 1960, daß der endgültige Durchbruch gelang. Die damaligen Empfehlungen des Wissenschaftsrates gaben die Möglichkeiten. Die Gießener haben sie genutzt und zum Teil überschritten. Naturwissenschaft und Medizin wurden voll ausgebaut. Nach einem Streit um die Priorität einer Juristischen oder einer Philosophischen Fakultät kamen 1964 beide wieder. Nur die Theologen sollten fehlen. Die Voraussetzungen für einen glanzvollen Aufstieg der folgenden Jahre waren gegeben.

Es war freilich nicht nur mit einer quantitativen Expansion getan. Eine umsichtige Planung, eine erstaunlich zielgerechte und qualitätsbewußte Berufungspolitik – in der entstehenden Philosophischen Fakultät vor allem das Werk des Germanisten Max Greiner und des Historikers Herbert Ludat – haben sich bewährt und verdichtet zu einem – freilich nicht von allen begrüßten – Ausbau der Geisteswissenschaften. Aber die – wie Peter Moraw mit Recht sagte – erfolgreichste Phase in der Gesamtgeschichte der Universität sah auch die bislang kräftigste Unterstützung des Landes – eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen. Ja, die Entwicklungen vor 1945 schienen sich geradezu umzukehren. Paradoxerweise wurden jedoch durch die gleichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die die Wiedergeburt der rechts-, wirtschafts- und geisteswissenschaftlichen Bereiche begünstigt hatten, eine Zeitlang die Gießener Agrarwissenschaften gefährdet. Aber im ganzen war die Bilanz jener Jahre erstaunlich. Ohne Auseinandersetzungen um die Prioritäten kam auch diese Entwicklung nicht zustande. Dank einer günstigen Konjunktur ließen sich alle Debat-

ten kanalisieren und fruchtbar machen – wissenschaftliche Innovationen gehen bekanntlich in der Regel nicht ohne Kontroversen ab. Die Geisteswissenschaften hatten in der Justus-Liebig-Universität damals auszugehen von einer starken, in der Tradition verankerten naturwissenschaftlich-medizinischen Orientierung und unterlagen damit vielleicht einem besonders starken Legitimationszwang. Der relativ junge Lehrkörper der – wie sich bald herausstellen sollte – besonders krisenanfälligen geisteswissenschaftlichen Fakultäten und die Traditionen der Universität wirkten zusammen, um in den stürmischen Jahren nach 1968 der Justus-Liebig-Universität eine besonders erfolgreiche Behauptung zu ermöglichen, so daß sie heute im Umfeld der deutschen bzw. hessischen Universitäten unangefochten dasteht. Dies wäre wohl nicht möglich gewesen ohne das in Krise und Not geborene Gefühl von Solidarität, Sachlichkeit und Verantwortung, das dann im unvergessenen ersten Gießener Universitätspräsidenten Paul Meimberg besonders glücklich verkörpert war. Doch dies ist eine andere Geschichte.

Zusammenfassung

Obwohl die Universität seither etwas ganz anderes geworden ist, erinnert in manchem der Neuanfang der Justus-Liebig-Universität nach 1957 an die Geburtsstunde der Ludoviciana 1607, die damals als eine in ihrer Art überaus moderne Universität ins Leben getreten war. Dabei erscheint wichtig, daß die Entwicklung nach 1946 unsere Universität in eine Zwischenstellung zwischen einer alten Hochschule und einer Neugründung manövrierte, wobei ihr vielleicht die Vorteile beider zu Gute gekommen sind – das Weiterwirken der Tradition und der Aufbruch zum Neuanfang. In der Katastrophe von 1944/46 schlummerten

somit beträchtliche Möglichkeiten, die zuweilen sogar an den erfolgreichen moderneren Neuaufbau eines damals demontierten Betriebes erinnern. Sicher lag es 1946 nicht in der Absicht der Wiesbadener Regierung, durch Gesundschumpfung eine Erneuerung zu ermöglichen – dazu standen allzu sehr nachwirkende etatistische Traditionen, vor allem fiskalische Motive im Mittelpunkt, ganz abgesehen von dem Tauziehen unter den hessischen Universitäten. Aber der Neuaufbau einer erstarrenden juristischen, einer verschwundenen ökonomischen, einer fast ruinierten theologischen, einer dezimierten und degradierten Philosophischen Fakultät hätte zahlreiche kaum lösbare Probleme gebracht – der Neuanfang dankte aber auch vieles der gelungenen Konsolidierung der verbliebenen Fächer. Mir scheint, ohne den Gemeingeist und das Qualitätsbewußtsein der verbliebenen Disziplinen – zuerst Agrar- und Veterinärwissenschaften, dann auch Naturwissenschaften und Medizin – hätten die Gießener Geisteswissenschaften vielleicht keinen so glänzenden Aufschwung nach 1960 genommen – sie hatten sich gegen die mittlerweile etablierteren Disziplinen zu behaupten.

Es wäre freilich absurd, aus all dem ein Modell abzuleiten und von Zeit zu Zeit einzelne Fakultäten zwecks Regeneration zu schließen. Die brutalen Konsequenzen für die Betroffenen, die unwiederbringlichen Substanzverluste, die Zerstörung geistiger Traditionen sprechen eine zu deutliche Sprache. Auch wird man den glänzenden Wiederaufstieg nicht sehen dürfen ohne die extrem günstigen Außenbedingungen – Wiederaufbau-Euphorie, Bildungsbewußtsein und Hochkonjunktur in der jungen Bundesrepublik.

Der Niedergang wesentlicher Teile der Ludoviciana war nicht nur die Folge struktureller Probleme gewesen, sondern zuletzt auch die einer planmäßigen Vernachlässi-

gung und Zerstörung, Produkt eines bornierten Fiskalismus, einer Geringachtung humaner und liberaler Bildungstraditionen durch die braune Diktatur. Es war eine besondere Tragik, daß sich die junge Demokratie aus finanziellen Gründen nicht aus diesem Teufelskreis zu befreien vermochte und den Prozeß des Niedergangs mit einer Teilschließung der alten Ludoviciana vollendete. Später allerdings hat die hessische Landesregierung das damals preisgegebene Terrain in reichlichem Maße zurückgewinnen helfen – niemals war die Absicherung unserer Universität durch das Land so sicher wie seither.

1957 steht also gleichsam zwischen 1933 und 1982 fast auf halbem Wege. Die ältere Krise der Ludoviciana war 1933 mit dem Verlust rassistisch und politisch verfolgter Gelehrter in eine tödliche Phase getreten. Sie vollendete sich in einer Zeit aufrichtiger Begeisterung für eine inhumane Bewegung, die in ein verbrecherisches System mündete, in einer Zeit der karrierebewußten Anpassung, des Opportunismus, des sich Duckens, zuweilen der kritischen Distanz, kaum des Widerstands. Trotzdem wurde auf weite Strecken die Qualität wis-

senschaftlicher Leistung hochgehalten. Allerdings mußten zuerst ihre Angehörigen, dann die Ludoviciana selbst den Preis für jene Jahre bezahlen. Die Zeit zwischen 1945 und 1947 erscheint heute als eine Zeit des Umbruchs, die später einen glanzvollen Wiederaufstieg einleitete. Damit zeigte sich, daß auch die Universität Gießen, ebensowenig wie ihre Angehörigen, aus der allgemeinen Geschichte herausfällt, das gilt für die Jahre vor 1945 wie für jene danach. Aber man soll die Jahre 1945 bis 1957 ebensowenig wie jene von 1933 bis 1945 als eine Episode sehen. Ein so empfindlicher und komplizierter Mechanismus wie eine Universität bedarf nicht nur der behutsamen Förderung, sondern auch eines liberalen Geistes. Die Qualität der Wissenschaft ist heute mehr als je zuvor von den finanziellen Ressourcen abhängig, aber auch untrennbar verbunden mit der Qualität der personellen Ergänzungen. Nach den Erfahrungen der Ludoviciana dürfte aber nicht vergessen werden, daß neben der Leistungsbereitschaft der Gelehrten humaner Geist eine unabdingbare Voraussetzung für wissenschaftliches Wirken ist.

Peter von Zahn **»Das neue, große Standardwerk zur Geschichte der Deutschen«**



1216 Seiten
über 2200 Abbildungen,
Schautafeln und Karten,
durchgehend farbig.
Leinen mit Schutzumschlag
Geschenksschuber
Format 23,5 x 30,0 cm.



98⁵⁰ DM
über 1200 Seiten,
über 2000 Abbildungen,
Ab 1. Februar 1984 128,-



**Ferber'sche
Universitäts-
buchhandlung**

Inh.: Dieter Schormann
Seltersweg 83
Postfach 54 40
6300 Gießen
Telefon (06 41) 1 20 01

Jetzt zugreifen!
Bis 31. 1. 1984 sparen Sie fast 30,- DM